

Strukturmodell Büro für Bürgerbeteiligung

Erarbeitet durch die Arbeitsgruppe „Bürgerbeteiligung in Potsdam“

Das Büro für Bürgerbeteiligung soll über eine zweiteilige gleichberechtigte Struktur verfügen und sowohl verwaltungsintern, als auch verwaltungsextern (direkt mit den Einwohner/innen) arbeiten. Dabei ist der Sitz des Büros einerseits innerhalb, andererseits außerhalb der Stadtverwaltung angesiedelt. Dafür sind zwei Personalstellen innerhalb der Verwaltung vorgesehen sowie ein zusätzliches Budget (in gleicher Höhe zur verwaltungsinternen Seite) zur externen Ausschreibung für freie Träger. Damit soll eine paritätische Besetzung des Büros für Bürgerbeteiligung sowohl mit Mitarbeiter/innen in der Verwaltung als auch verwaltungsextern ermöglicht werden. Die Ausschreibung für die freien Träger braucht eine klare Zielorientierung (z.B. einen mobilen Ansatz zur Vernetzung in den Stadtteilen). Die Bewerber sind aufgefordert, eigene kreative Konzepte zur Umsetzung der Zielvorgaben zu entwickeln, dabei erfolgt keine Vorgabe, wie das vorhandene Budget einzusetzen ist (etwa in Vorgaben für eine Anzahl an zu besetzenden Personalstellen).

Die Klammer für die zweigliedrige Struktur sind ein ehrenamtlicher Beirat und eine gemeinsame Geschäftsordnung für das Büro für Bürgerbeteiligung. Der Beirat soll nach der Etablierung des Büros für Bürgerbeteiligung nach einem noch festzulegenden Verfahren konstituiert werden. Als vorläufiger Beirat kann die Nachbereitungsgruppe der Open Space-Konferenz vom 29.10.2011 beratend tätig sein. Die gemeinsame Geschäftsordnung wird auf Basis der Zusammenfassung der Nachbereitungsgruppe der Open Space-Konferenz vom 29.10.2011 erstellt.

Das Pilotprojekt ist auf eine Dauer von drei Jahren ausgelegt und soll evaluiert werden, dafür ist eine begleitende Evaluation sinnvoll. Das Projekt ist ein bisher einmaliges Experiment. Für eine erfolgreiche Arbeit bedarf es einer gemeinsamen Vereinbarung zwischen Einwohner/innenschaft, Verwaltung und Politik, den Prozess im Pilotzeitraum wohlwollend zu begleiten und nicht zu torpedieren.

Dieser Vorschlag wurde am 16.03.2012 zunächst in die Nachbereitungsgruppe eingebracht. Dort wurde beschlossen den Vorschlag soll als Bestandteil der Zusammenfassung auf der Veranstaltung am 04. Mai 2012 zu diskutieren. Die Ergebnisse sollen dann in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und beschlossen werden. Danach erfolgen die Ausschreibungen. Der 01.01.2013 soll der spätest mögliche Startpunkt für die Arbeit des Büros für Bürgerbeteiligung sein.

Welche Aufgaben hat das Büro für Bürgerbeteiligung?

Das Büro soll eine Schnittstelle für Bürgerbeteiligung zwischen Verwaltung und Einwohner/innen sein. Dabei ist es zum einen ein Kompetenzzentrum für die Verwaltung, um Prozesse der Bürgerbeteiligung besser zu planen und zu koordinieren. Die Mitarbeiter/innen sind Ansprechpartner/innen für die verschiedenen Geschäftsbereiche in der Verwaltung und sollen Hilfestellung bei Beteiligungsprozessen geben. Erarbeitet werden soll ein Überblick über die bestehenden und geplanten Beteiligungsverfahren. Dabei sollen die Erfahrungen und Bedürfnisse der Verwaltungsbereiche ergründet und praktische Hilfsangebote unterbreitet werden. Die Mitarbeiter/innen machen dabei keine Sacharbeit (wie Moderation oder Durchführung von Werkstattverfahren), sondern geben Überblicke über Verfahren und Möglichkeiten, vermitteln Hilfe und Ansprechpartner/innen und begleiten mit den Verwaltungsbereichen die Beteiligungsprozesse (Qualifizierung/Kompetenzvermittlung, Koordinierung). Es gilt, innerhalb der Verwaltung die Anerkennungskultur für die in Beteiligungsprozessen aktiven Mitarbeiter/innen zu stärken. Als ein wesentliches Globalziel soll so innerhalb der Verwaltung eine Beteiligungskultur entwickelt werden.

Zum anderen sollen im Sinne der Basisaktivierung (bottom-up-Ansatz) durch Vernetzung und Mobilisierung innerhalb der Stadtteile Bürgerbeteiligungsverfahren koordiniert und begleitet werden. Die Mitarbeiter/innen sollen die Verbindung zu Initiativen und Einrichtungen in den Stadtteilen herstellen und als Ansprechpartner für die Stadtteile wahrgenommen werden. Sie sollen die Beteiligungsprozesse, die aus den Stadtteilen (bottom-up) und aus der Verwaltung und Stadtpolitik (top-down) initiiert werden, koordinieren und kommunizieren. Eine weitere Aufgabe ist die Kompetenzvermittlung für Initiativen, Vereine und Bürger sowie der Abbau von Hürden zur Teilnahme an Partizipationsprozessen. Hier geben Sie Hilfestellung, vermitteln Ansprechpartner/innen in der Verwaltung und ermöglichen einen niedrigschwlligen Zugang (Türen öffnen für Dialog). Die Arbeit soll dabei dezentral und mobil sein.

Weitere Instrumente

- Online-Dialog-Plattform (Dialog-Schnittstelle)
- Instrumentenkoffer mit Beteiligungsverfahren (Kompetenzvermittlung)
- nach Möglichkeit sollen weitere Drittmittel für ergänzende Projekte eingeworben werden